

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 31. Plenumsitzung vom 1. Juli 2009

19.30 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend Ratspräsident Max Stenz
29 Ratsmitglieder
Ratssekretärin Ida Hofstetter Protokoll
Ratsweibelin Lydia Schumacher

abwesend 6 Ratsmitglieder

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat	Harald Huber	Stadtpräsident
	Stephan Herzog	Soziales
	Walter Müller	Finanzen
	Dr. Alphons Kappeler	Hochbau
	Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
	Patrick Stutz	Werke

Stadtschreiber Dr. iur. Alexandre von Rohr

Geschäfte

1. **Mitteilungen**
2. **Einbürgerungsgesuche**
3. **Erweiterung Gasleitungsnetz (SRB 101/09)**

Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung der Bauabrechnung über die Sanierung der Gasleitung Kilchbergstrasse im Betrag von Fr. 153'681.50 (Kreditbetrag 196'000 Franken)
- Genehmigung der Bauabrechnung aller Teilprojekte über die Erweiterung der Gasleitungen im Betrag von Fr. 3'908'160.80 (Kreditbetrag 4'230'000 Franken)

4. Leistungsziele und Indikatoren 2010 (SRB 127/09)

Antrag des Stadtrates auf Verabschiedung der Ziele und Indikatoren 2010 für die Produktgruppen Finanzen, Steuern, Sicherheit, Gesundheit/Umwelt, Jugend, Freizeit und Sport, Behörden/Kultur, Einwohnerkontakte, Raumplanung, Verkehr, Versorgung, Landschaft, Soziale Aufgaben, Bildung

5. Motion gemeinsames Liegenschaftszentrum

Motion von Franco Rossi und zwei Mitunterzeichneten zur Führung eines gemeinsamen Liegenschaftszentrums, Begründung

6. Motion Integration der Schule in den Stadtrat

Motion von Renato Günthardt und zwei Mitunterzeichneten zur Integration der Schule in den Stadtrat, Begründung

7. Interpellation Budget 2009 (SRB 143/09)

Interpellation von Kurt Frei betr. Budget 2009, Beantwortung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Peter Barmettler	Ferien
Barbara Häberli	Ferien
Davide Loss	Ferien
Rober Wälle	berufliche Verpflichtung

1.2 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von der Sitzung vom 6. Mai 2009 haben Rechtskraft erlangt.

1.3 Überweisungen an die RGPK

Am 8.6.09:

Antrag des Stadtrates betr. Genehmigung der Bauabrechnung über die Sanierung der Gasleitung Kilchbergstrasse im Betrag von Fr. 153'681.50 (Kreditbetrag 196'000 Franken) und Genehmigung der Bauabrechnung aller Teilprojekte über die Erweiterung der Gasleitungen im Betrag von Fr. 3'908'160.80 (Kreditbetrag 4'230'000 Franken)

1.4 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

Stadtpräsident Harald Huber weist darauf hin, dass der Bericht im Tages-Anzeiger bezüglich 30 zusätzlichen Stellen bei der Produktgruppe Einwohnerkontakte im Kontext mit einem Fehler in der Vorlage des Stadtrates zu den Leistungszielen und Indikatoren steht. Im letzten Satz des ersten Abschnittes des Kommentars ging nämlich das %-Zeichen vergessen. Richtig heisst es demnach: 30 % zusätzliche Personalressourcen für 2010/2011. Der Stadtpräsident entschuldigt sich für diesen Fehler und bittet den Presseemann, Herr Morosoli, um einen entsprechenden Korrekturbericht.

Im weitem erwähnt Stadtpräsident Harald Huber, dass er nicht heute, sondern an der September-Sitzung über die neue Informatikstrategie berichten wird.

1.5 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

Peter Werder, FDP: Ich habe eine gemeinsame Fraktionserklärung der SVP, der FW, der FDP und EVP, und zwar im Kontext mit den beiden Motionen, die heute behandelt werden. Vor ungefähr zwei Wochen war dazu eine Reaktion der Schulpräsidentin in der Zeitung zu lesen. Es war für uns nicht überraschend, dass die Schulpräsidentin mit den beiden Motionen nicht einverstanden ist, aber die Art und Weise der Reaktion hat uns überrascht. Ich zitiere aus dem Zeitungsartikel: „Zwängerei und Machtgehabe“ ist ein Zwischentitel und „die Meinung der Schule werde sich auch diesmal nicht ändern und sie werde alle Hebel in Bewe-

gung setzen, damit die Schule die ihr verbliebene Eigenständigkeit bewahren kann". Wir erinnern daran, dass es bei diesen Motionen um eine demokratische Frage geht. Wir stimmen heute darüber ab und eventuell gehen die beiden Fragen dann auch vors Volk. Die genannten Parteien sind der Meinung, dass ein Schulpräsidium, das sich in dieser Weise äussert, nicht tragbar ist. Erstens sind das undiplomatische und emotionale Äusserungen, was für eine Führungsfunktion unprofessionell ist. Zweitens mussten wir aus dieser Reaktion erkennen, dass nicht die sachlichen Überlegungen im Vordergrund stehen, und das macht eine konstruktive Zusammenarbeit schwierig. Drittens sehen wir, dass das Tempo, wie wir es aus der Privatwirtschaft kennen, fürs Schulpräsidium offenbar nicht ganz übertragbar ist, denn im Zeitungsartikel heisst es weiter, dass die Zusammenarbeit der beiden Liegenschaftenverwaltungen seit anfangs Jahr funktioniere, da solle man doch zuerst einmal warten. Falls die Motionen heute überwiesen werden und das Volk unsere Ansicht teilt, sind wir der Meinung, dass wir ein Schulpräsidium brauchen, das solche Integrationen mitträgt.

1.6 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Mittwoch, 2. September 2009 statt.

1.7 Konstituierende Ratssitzung für die neue Legislaturperiode 2010 - 2014

Der Ratspräsident informiert wie folgt:

Da der Stadtrat zur konstituierenden Sitzung einlädt und somit auch das Datum festlegt, haben die Präsidentin der RGPK und ich beim Stadtrat den Wunsch angebracht, die Sitzung spätestens im April 2010 durchzuführen. Dies vor allem, damit für die Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichtes sowohl für die RGPK als auch die Sachkommission genügend Zeit bleibt. Auf unseren Wunsch hin hat der Stadtrat wie folgt geantwortet:

Der Stadtrat kann dem Wunsch des Gemeinderatspräsidenten und der RGPK-Präsidentin nicht entsprechen und möchte die konstituierende Sitzung aus folgenden Gründen am 12. Mai 2010 durchführen:

- Aufgrund des am 7. März 2010 terminierten 2. Wahlgangs stehen die Zuständigkeiten der künftig sieben Ressortvorsteher frühestens Mitte März fest.
- Der Stadtrat benötigt aufgrund der Ressortreduktion von 9 auf 7 mehr Zeit, um eine reibungslose Übergabe der Ressorts und eine ausgewogene neue Aufgabenverteilung sicherzustellen.
- Die derzeit amtierenden Stadträte legen Wert darauf, die Fragen und allfällige Abweichungsbegründungen zur Jahresrechnung 2009 gegenüber der RGPK für ihren bisherigen Verantwortungsbereich selber zu beantworten.

1.8 Traktandenliste

Es gibt keine Einwände zur Traktandenliste.

2. Einbürgerungsgesuche

Der Ratspräsident informiert wie folgt:

An der März-Ratssitzung hat Peter Barmettler im Namen der FDP-/EVP-Fraktion im Zusammenhang mit Einbürgerungen von nur einem Ehepartner darum gebeten, dass die entsprechenden Gründe künftig für die Ratsmitglieder ersichtlich sind. Die Leiterin des Zivilstandswesens hat dazu wie folgt geantwortet:

„Im Normalfall ist bei den Lebensläufen vermerkt, weshalb nur ein Ehepartner eingebürgert wird. Hauptgründe sind mangelnde Deutschkenntnisse oder noch nicht lange genug in der Schweiz. Manche Ehepartner (meistens die Frauen) schaffen die Sprachhürde beim Stadtrat nicht. Wir alle versuchen immer, die Familie dazu zu bewegen, dass alle eingebürgert werden können, aber vielfach vergeblich. Für die Kinder ist es meist wichtig, so rasch als möglich Schweizer zu werden, um z. B. für Auslandsreisen in der Schule oder bei der Lehrstellensuche nicht benachteiligt zu sein. Aus Kostengründen "opfert" sich meistens die Mutter, denn bei der Einbürgerung mind. eines Elternteiles entstehen für Kinder keine Kosten. Das Gesetz schreibt nicht vor, dass beide Ehepartner gleichzeitig eingebürgert werden müssen.

Grundsätzlich erwähnen wir nun immer beim Erstellen des Lebenslaufes, aus welchen Gründen nur ein Ehepartner das Gesuch stellt. Falls jemand die Sprachhürde beim Stadtrat nicht schafft, ergänzen wir den Lebenslauf entsprechend für den Gemeinderat. Bei persönlichen Gründen - z. B. weil ein Partner das CH-Bürgerrecht nicht will oder in ein laufendes Strafverfahren verwickelt ist - verhindert der Datenschutz, dass dies bekannt gegeben wird.“

Einbürgerungsgesuche

Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes im Protokoll nicht.

4. Leistungsziele und Indikatoren 2010 (SRB 127/09)

Antrag des Stadtrates auf Verabschiedung der Ziele und Indikatoren 2010 für die Produktgruppen Finanzen, Steuern, Sicherheit, Gesundheit/Umwelt, Jugend, Freizeit und Sport, Behörden/Kultur, Einwohnerkontakte, Raumplanung, Verkehr, Versorgung, Landschaft, Soziale Aufgaben, Bildung

Susy Senn, Präsidentin der RGPK:

Nach dem letzten Jahr zum zweiten Mal hat die RGPK die Ziele und Indikatoren der Produktgruppen Finanzen und Steuern für die Globalbudgets 2010 geprüft. Die Produktgruppe Finanzen umfasst Finanz- und Liegenschaftsbewirtschaftungsdienstleistungen für die Stadt Adliswil und nahestehende öffentliche Institutionen. Die Produktgruppe Steuern umfasst die Bezugsmassnahmen für die ordentlichen Steuern, Quellensteuern, Steuerauscheidungen, Nach- und Strafsteuern sowie Grundsteuern. Beide Produktgruppen werden erst ab dem laufenden Jahr mit Globalbudgets geführt, demnach liegen noch keine Ergebnisse und Erfahrungen mit den gesetzten Zielen vor. Die RGPK hat deshalb keine Änderungen an den Zielvorgaben vorgenommen. Die einzige Änderung beantragt die RGPK bei der Produktgruppe Finanzen. Der Indikator 3.2, der eine effiziente und professionelle Bewirtschaftung der Mietliegenschaften messen soll, soll wie folgt angepasst werden:

Der Indikator 3.2 für die Leerstandsquote der Produktgruppe Finanzen wird auf 0,5 % festgesetzt.

Für das Jahr 2009 ist ebenfalls eine Leerstandsquote von 0,5 % massgebend. Die Begründung für eine Erhöhung auf 2 % fürs 2010 - erwartet wurden ev. Probleme bei der Erstvermietung der Pensionskassenliegenschaft an der Glärnischstrasse - ist inzwischen hinfällig geworden, da alle Wohnungen bis Ende dieses Jahres voraussichtlich vermietet werden können. Die Verwaltung ist mit der Anpassung des Indikators einverstanden.

Die RGPK hat folgende Anliegen im Zusammenhang mit der Erarbeitung zukünftiger Leistungsziele und Indikatoren an die Adresse der Ressortverantwortlichen:

- Es sollen nur Ziele und Indikatoren formuliert werden, die vom Ressort selber beeinflusst werden können, z. B. ist der Selbstfinanzierungsgrad ein schlechter Indikator, da er vom Stadtrat festgelegt wird und vom Ressort Finanzen selber nicht beeinflusst werden kann.
- Leider ist das Geschäft spät an den Gemeinderat überwiesen worden. Die RGPK möchte vom Ressort Finanzen in Zukunft früher in den Prozess eingebunden werden.

Wir bedanken uns bei den Ressortverantwortlichen für die gute Zusammenarbeit, insbesondere bei den Herren Walter Müller und Rocco Rotonda. Die RGPK empfiehlt dem Gemeinderat grossmehrheitlich Zustimmung zu den Zielen und Indikatoren der Produktgruppen Finanzen und Steuern nach Annahme des Änderungsantrags der RGPK.

Der Ratspräsident hält fest, dass ein Gegenantrag der RGPK vorliegt, und dass nach den Voten zuerst über diesen abgestimmt wird.

Ruedi Stieger, Präsident der Sachkommission 1:

Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe Einwohnerkontakte haben sich bewährt, eine Modifikation ist nicht notwendig. Die Produktegruppe Behörden/Kultur besteht erst seit dem Budget 2009, deshalb sind hier früh. Neu ist eine umfassende Produktegruppe Soziale Aufgaben definiert worden. Ziele und Indikatoren sind für acht Untergruppen festgelegt worden. Die Sachkommission 1 ist einverstanden, dass mit dieser Struktur für's Budget 2010 gearbeitet wird. Wir sind uns aber bewusst, dass diese sehr grosse Produktegruppe noch einiges an Einsatz braucht, bis der Reifegrad von den etablierten Produktegruppen erreicht ist. Der neuen Leitung, die nach den Sommerferien beginnt, wünschen wir dazu viel Erfolg.

Die Sachkommission 1 unterstützt den Antrag vom Stadtrat zur Verabschiedung von den Zielen und Indikatoren 2010 von den Produktgruppen „Einwohnerkontakte“, „Behörden/Kultur“ und „Soziale Aufgaben“.

Nicole Kappeler, Präsidentin der Sachkommission 2:

Die Sachkommission 2 hat sich mit den Leistungszielen und Indikatoren 2010 der Produktegruppen Raumplanung, Verkehr, Versorgung und Landschaft befasst. Wir bedanken uns für die rasche Beantwortung unserer Fragen durch die Ressortleiter. Die Prüfung stellte sich anfänglich als schwierig dar, da wir erstmals in dieser Form mit den Leistungszielen und Indikatoren konfrontiert wurden. Aufgrund unserer Fragen und der erhaltenen Antworten konnte Klarheit geschaffen werden.

Grundsätzlich erachten wir das Erscheinungsbild der Leistungsziele und Indikatoren 2010 als übersichtlich und klar strukturiert. Bei einzelnen Abkürzungen und Masseinheiten war Klärungsbedarf. Für sämtliche Ressort geltend möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen, dass die Ziele grundsätzlich hoch gesteckt werden und somit eine Herausforderung und Anreiz darstellen sollen. Ebenso sollte es Ziel sein, eine 100%ige Leistung zu erbringen. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass Leistungsziele und Indikatoren realistisch gesetzt werden müssen. Sollten Ziele nicht erreicht werden, ist dies aus unserer Sicht nicht zwingend gleichzusetzen mit schlechter Leistung der Mitarbeitenden, dies kann auch Ausdruck von strukturellen Mängeln sein, welche angegangen werden müssten. Im Weiteren haben wir festgestellt, dass in einigen Ressorts die Zahlen aus den Vorjahren 1:1 übernommen wurden, in anderen hingegen eine kontinuierliche Anpassung stattfindet. Es ist uns auch ein Anliegen, dass wir die Leistungsziele und Indikatoren als Steuerungsinstrumente wahrnehmen und diese - wenn aus unserer Sicht nötig - auch anpassen. Wie Sie bereits schriftlich informiert wurden, werden wir einen Änderungsantrag zum Ressort Landschaft stellen. Ein Minderheitsantrag von Ruedi Bräuer zum Ressort Raumplanung liegt ebenfalls vor.

Produktegruppe Raumplanung: Erstmals hatten wir uns mit dieser Produktegruppe befasst. Die Ziele sind verständlich formuliert, die Indikatoren wurden zum grössten Teil aufgrund von Erfahrungswerten festgelegt. Zu reden gab vor allem der Indikator 3.1 Einhalten von Bearbeitungsfristen, Baukontrollen/Abnahmen, welcher bei mindestens 90 % festgelegt wurde. Hier einige Detailinformationen, welche als Hintergrundinformation für den Minderheitsantrag von Ruedi Bräuer notwendig sind:

Unsere erste Interpretation bei diesem Indikator war, dass nur 90 % aller Bauten abgenommen werden. Deshalb entschieden wir uns knapp mehrheitlich, einen Änderungsantrag mit Erhöhung des Indikators auf 100 % zu stellen. Nach erneuter Rücksprache mit den Verantwortlichen wurde uns erklärt, dass sich die mind. 90 % nicht auf die Quantität der Abnahmen beziehe, sondern lediglich ausdrücken, dass nicht alle Abnahmen, jedoch mindestens 90 % zum richtigen Zeitpunkt erfolgen werden. Die Ressortverantwortlichen verstehen unseren Standpunkt, dass 100 % angestrebt werden soll, als Indikator jedoch seien die 100 % mit dem aktuellen Personalbestand nicht realistisch. Anhand dieser neuen Informationen und weil meines Erachtens ein wesentlicher Entscheid zur Erhöhung eines Indikators aufgrund falscher Interpretationen beschlossen wurde, liess ich die neuen Informationen den Mitgliedern der Sachkommission II zukommen. Daraufhin beschlossen wir grossmehrheitlich, auf den Änderungsantrag zu verzichten. Aus unserer Sicht sollte unbedingt 100 % angestrebt werden, wir wollen jedoch auf keinen Fall das Personal demotivieren. Wie wir auch schon aus Voten der RGPK hören konnten, hat dieses Ressort definitiv ausgespart. Die guten Leistungen in der Rechnung 2008 und das damit verbundene bessere Abschneiden als budgetiert haben dies bewiesen. Diese Bestrebungen werden von uns geschätzt, und sie sollen nicht durch unrealistische Zielsetzungen zunichte gemacht werden. Zudem arbeitet dieses Ressort erstmals mit Zielen und Indikatoren und dies braucht Zeit, um Erfahrungswerte zu sammeln. Wir halten am Sparwillen fest und wollen nicht durch unrealistische Zielsetzungen Kosten verursachen, denn jede personelle und strukturelle Veränderung kostet viel Geld. Wenn wir hier auf 100 % bestehen würden, müssten wir grundsätzlich in allen Ressorts, wo diese prozentuelle Masseinheit gewählt wurde, auf 100 % bestehen, und dies ist schlichtweg unrealistisch. Aus diesen Gründen empfehlen wir dem Gemeinderat, der Mehrheit der Sachkommission II zu folgen und den Minderheitsantrag nicht zu unterstützen.

Verkehr: Für uns scheinen die Zielsetzungen und Indikatoren dieser Produktegruppe realistisch. Die Richtwerte bestehen aus Erfahrungswerten, Normen und Vorgaben der Stadt Zürich, Studien und Statistiken. Aufgrund der gemachten Erfahrungen, Benchmarks und Empfehlungen von Fachorganisationen wurden die Zahlen aus dem Vorjahr übernommen.

Versorgung: Die Prüfung der Indikatoren in dieser Produktegruppe präsentierte sich als äusserst schwierig, denn es handelt sich hierbei mehrheitlich um sehr technische Daten, welche aufgrund der wenigen Hintergrundinformationen schwer zu beurteilen sind.

Landschaft: In dieser Produktegruppe handelt es sich um das Produkt der ehemaligen Bereiche Forst und Park, Sport, Grünanlagen. Die Ziele und Indikatoren sind verständ-

lich und realistisch. Beim Indikator 2.1 Zufriedenheit der Auftraggeber, Zufriedenheitsgrad gut - sehr gut, wurde der Indikator bei >80 festgelegt. Im Vorjahr wurde jedoch ausgewiesen, dass dieser Wert bei 90 % lag. Daher erscheint es aus unserer Sicht angebracht, diesen Prozentsatz als Vorgabe für das Jahr 2010 festzulegen, denn diese Zielerreichung ist realistisch. Aus diesem Grunde und weil wir die Zufriedenheit der Auftraggeber als wichtig Erachten, stellt die Sachkommission II folgenden Antrag zu Händen des Gemeinderates:

Der Indikator 2.1 der Produktegruppe Landschaft wird auf 90 % festgesetzt.

Wir sind zuversichtlich, mit diesen Vorgaben eine optimale Leistung für die Stadt Adliswil erbringen zu können und dem anhaltenden Sparwillen gerecht zu werden, ohne gravierende Einbussen der Lebensqualität in Adliswil in Kauf nehmen zu müssen. Die Sachkommission II empfiehlt dem Gemeinderat die Abnahme der Leistungsziele und Indikatoren 2010 der Produktegruppe Raumplanung, Verkehr, Versorgung wie vom Stadtrat beantragt und Abnahme der Produktegruppe Landschaft mit dem von uns gestellten Änderungsantrag für den Indikator 2.1.

Der Ratspräsident hält fest, dass ein Gegenantrag der Sachkommission 2 vorliegt, und dass über diesen nach den Voten abgestimmt wird.

Hans-Peter Nyffeler, Präsident der Sachkommission 3:

Zuerst gratuliere ich dem Stadtrat für die zügige Einführung von Führung und Steuerung ab 2010 in allen Ressorts, aufgeteilt in 13 Produktegruppen und 46 Produkte. Nach der vierjährigen Versuchsphase und der definitiven Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Jahr 2004 und einem nachfolgenden langen Stillstand kam mit dem Amtsantritt des neuen Stadtpräsidenten Harald Huber und der Bildung der neuen Gemeinderatskommission Reform im Herbst 2007 endlich wieder Zug in das Projekt Die Sachkommission 3 wurde mit der Überprüfung der Leistungsziele und Indikatoren der Produktegruppen „Sicherheit“, „Gesundheit, Umwelt“, „Jugend, Freizeit, Sport“ sowie der neuen Produktgruppe „Bildung“ beauftragt. Erfreulich ist, dass nebst den Zielen und Indikatoren jeweils auch der Leistungsumfang aufgeführt wurde. Damit haben die Sachkommissionen ein besseres Verständnis für die einzelnen Produktegruppen erhalten. Auch die Spalte „Kommentar“ wurde in einigen Produktegruppen rege benutzt.

Sicherheit: Die Zielsetzungen dieser Produktegruppe sind unverändert geblieben. Die Sachkommission ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Gesundheit, Umwelt: Für diese Produktegruppe haben wir die Leistungsziele 2009 erstmals erhalten. Für 2010 blieben die Leistungsziele unverändert. Allfällige Änderungen sind erst mit den definitiven Zahlen im Jahresbericht 2009 dann für die Leistungsziele und Indikatoren 2011 vorzunehmen.

Jugend, Freizeit, Sport: In Absprache mit der Sachkommission wurden einige Leistungsziele geändert. Beim Produkt „Bibliothek“ haben in den letzten zwei Jahren die Ausleihzahlen nie mehr den Stand des Rekordjahres 2006 erreicht, daher wurde der Indikator

für die Ausleihen und die Bestandesumsetzung für das Jahr 2010 tiefer angesetzt. Im Gegenzug wurde die Anzahl Besucher und Besucherinnen erhöht.

Beim Produkt „Freizeit“ wurde das Soll der Anzahl Belegungsstunden im Haus Brugg aufgrund der Erfahrungswerte erhöht. Beim Produkt „Sport“ wurden die Anzahl Stunden Vereinsbetrieb wegen der zusätzlichen Dreifachturnhalle in der ZIS erhöht. Die Sachkommission hat im weiteren festgestellt, dass in der Produktgruppe „Jugend, Freizeit, Sport“ bei allen Produkten die Qualitätssicherheit fehlt, z. B. Anzahl der Reklamationen oder vermehrte Kundenumfragen. Die Sachkommission hat für das Jahr 2011 empfohlen, in dieser Hinsicht Verbesserungen anzustreben.

Schule: Bei dieser Produktegruppe haben wir anlässlich der Koordinationssitzung mit der operativen Leitung die von der Sachkommission aufgedeckten Mängel besprochen. Man muss in dieser Produktegruppe unbedingt berücksichtigen, dass sie erstmals die Leistungsziele und Indikatoren ermitteln musste, daher keine oder sehr wenig Erfahrungszahlen hatte und die Angaben unter grossem Zeitdruck liefern musste. Normalerweise ändern wir beim ersten Mal keine Leistungsziele, wir warten die ersten Erfahrungszahlen ab. Da aber bei zwei Fällen der Indikatorentext nicht klar formuliert war und daher geändert werden musste, haben wir auch noch drei weitere Änderungsmöglichkeiten gemeinsam korrigiert. Die Sachkommission 3 stellt daher dem Gemeinderat bei der Produktegruppe „Schule“ folgende Änderungsanträge :

- **Beim Titel wird Produktegruppe Bildung anstelle Schule aufgeführt.**
- **Unter dem Produkt Kindergarten/Primarschule bei 1.3.1 ist die Zielsetzung höher als 95 %.**
- **Unter dem Produkt Sekundarschule bei 2.3.1 ist die Zielsetzung höher als 95 %.**
- **Beim Produkt Sonderschulung wird der Text unter 4.1.1 wie folgt geändert: Anteil Sonderschüler/innen integriert zu Sonderschüler/innen gesamt.**
- **Unter 4.2.1 im Text heisst es: Jährliche Überprüfung der bedarfsgerechten Platzierung.**
- **Beim Produkt Schulergänzendes Angebot werden bei den drei Indikatoren 5.1.2 / 5.1.3 und 5.1.4 die Statistikzahlen wie folgt ergänzt:**

5.1.2	Benutzte Plätze	<u>> 130</u>
5.1.3	Angemeldete Schüler/innen	<u>> 330</u>
5.1.4	Mahlzeitenbezüge	<u>> 13'100</u>

Die Ressortverantwortlichen sind mit diesen Änderungen einverstanden.

Die Sachkommission 3 hat dem Antrag des Stadtrates auf Verabschiedung der Ziele und Indikatoren 2010 der vier Produktegruppen „Sicherheit“, „Gesundheit, Umwelt“, „Jugend, Freizeit, Sport“ und „Bildung“, mit sechs den Änderungsanträgen einstimmig zugestimmt. Wir weisen jedoch darauf hin, dass in der Budgetdebatte vom Dezember 2009 im Rahmen von Sparmassnahmen in allen von uns geprüften Produktegruppen allenfalls Anpassungen vorzunehmen sind.

Der Ratspräsident hält fest, dass verschiedene Gegenanträge der Sachkommission 3 vorliegen, und dass über diese nach den Voten abgestimmt wird.

Ruedi Bräuer, Mitglied der Sachkommission 2:

Wie bereits gehört, stelle ich bei der Produktegruppe Raumplanung zum Indikator 3.1, Einhaltung von Bearbeitungsfristen, einen Minderheitsantrag. Dort steht, dass die Baukontrollen/Abnahmen nur zu 90 % termingerecht erfolgen sollen. U. a. wurde uns erklärt, dass man nicht mit zu hoch gesteckten Zielen die Mitarbeitenden demotivieren wolle, man müsste sogar mit Kündigungen rechnen. Ich will auch nicht die Leute demotivieren, aber ich bin der Meinung - und ich spreche aus Erfahrung - wenn man eine Arbeit verlangt, kann man auch eine 100%ige Erfüllung verlangen. Wenn die Ziele nicht erreicht werden, gibt es bestimmte achtbare Gründe dafür, und dann kann man immer noch entsprechend fordern, dass die Vorgaben geändert werden. Das heisst, dass man allenfalls am System etwas ändern muss. Ich stelle also folgenden Antrag:

In der Produktegruppe Raumplanung wird der Indikator 3.1 „Einhalten von Bearbeitungsfristen; Baukontrollen/Abnahmen“ auf 100 % festgesetzt.

Stadtrat Alphons Kappeler:

Es ist ein edles Ziel, das uns Ruedi Bräuer aufoktruieren will - ich will das eigentlich auch. Es ist aber absolut unsinning, ein Ziel zu formulieren, bei dem man zum vornherein weiss, dass es mit Sicherheit nicht erreicht werden kann. Nachher muss man begründen und nochmals begründen, das bringt nichts. Deshalb meine ich, dass wir mit einer Erreichung von mindestens 90 % sehr gut dastehen. Man muss auch folgendes wissen: Unser Ressort besteht aus drei Mitarbeitenden, die sämtliche Baugesuche, sämtliche telefonischen Anfragen - gestern waren es rund 100 - und alle Bauabnahmen unter hohem Druck bearbeiten müssen. Wir haben bewiesen, dass es geht, aber wenn man noch mehr fordert, geht es plötzlich nicht mehr. Deshalb haben wir das Ziel auf mindestens 90 % gesetzt. Wenn wir 100 % erreichen wollen, müssen wir eine Stelle mehr haben.

Der Ratspräsident hält fest, dass von der Sachkommission 2 ein Minderheitsantrag vorliegt, und dass über diesen nach den Voten abgestimmt wird.

Hanspeter Clesle:

Beim Indikator 3.1 „Einhalten der Bearbeitungsfristen von Baukontrollen/Abnahmen“ bin ich mit Ruedi Bräuer einig, dass die 100 % erreicht werden müssen. Es geht hier letztlich nicht nur um die Kontrolle und die Sicherheit der Bauten respektiv um den Schutz der Umwelt, sondern auch um das Vertrauen der Bauherrschaft. Die angesprochene Bauherrschaft ist oft nicht vom Fach und geht davon aus, dass die Kontrollen und Begleitung ihrer Bauten von der Stadt wahrgenommen werden. Der polizeiliche Aspekt darf also nicht vernachlässigt werden. Ausserdem wird diese Arbeit von der Bauherrschaft auch berappt und folglich darf diese Leistung auch termingerecht beanspruchen.

Die Argumentation, dass mit Kündigungen gerechnet werden muss, wenn der Indikator auf 100 % gesetzt wird, weise ich entschieden zurück. Ich empfinde dies in der heutigen Wirtschaftslage eher als unklug, und es ist für eine gute Zusammenarbeit nicht förderlich. Hingegen ist für mich nachvollziehbar, dass diese Abteilung für die Erfüllung dieser Vorgabe personell unterdotiert ist. Es geht mir nicht darum, die betreffenden Mitarbeiter zu schikanieren, vielmehr geht es mir darum, das System zu hinterfragen. Ich erwarte von der Abteilungsleitung, dass sie sich Gedanken macht und erklärt, was notwendig ist, um die 100%ige Termineinhaltung der Baukontrollen/Abnahmen zu gewährleisten. Im Hinblick auf das Jahr 2011 bin ich der Meinung, dass dieses Problem gelöst sein muss und wir den Indikator mit gutem Gewissen auf 100 % setzen und erreichen können. Daher sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt von der Forderung ab, den Indikator 3.1 auf 100 % fest-zulegen. Ich empfehle dem Gemeinderat, der Mehrheit der Sachkommission II zu folgen und den Antrag von Ruedi Bräuer zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu unterstützen.

Stadtrat Alphons Kappeler:

Ich weiss nicht, wer mit Kündigungen gedroht hat. Natürlich ist es möglich, dass jemand einmal genug hat und kündigt. Das ist aber nicht das Hauptargument, sondern das Hauptargument ist, dass verspätete Bauabnahmen auch fremdverschuldet sein können. Wenn z. B. ein Bauherr nicht zeitgerecht fertig ist oder die Schlussdokumente nicht rechtzeitig einreicht usw., dann kann die Abnahme nicht zeitgerecht erfolgen. Es gibt also auch hier Gründe, die die 100 % unrealistisch machen. Wenn man die Fristen zu 100 % einhalten kann, bin ich auf jeden Fall dafür, dass man das Ziel auf 100 % setzt, das kann man nach einem Jahr prüfen. Aber aus jetziger Sicht ist das unrealistisch.

Ruedi Bräuer: Nochmals zu den Kündigungen: Diese Argumentation wurde uns gegeben, und deshalb haben wir sie aufgenommen. Wenn das nicht der Fall ist, ist das auch recht. Zu den Gründen der Fremdverschuldung für eine nicht fristgerechte Abnahme: Da meine ich eben, dass man das System ändern muss, z. B. Festlegung der Abnahme nach so und soviel Tagen nach Einreichung der letzten Dokumente.

Franco Rossi: Annahme: Ein Bauherr erstellt ein Mehrfamilienhaus und gibt ein, wann es fertig ist und wartet dann auf die Bezugsbewilligung. Ist das ein Teil dieses Aspektes oder kann ein Bauherr davon ausgehen, dass eine Bezugsbewilligung läuft?

Stadtrat Alphons Kappeler: Eine Bezugsbewilligung erfolgt fristgerecht, das ist kein Problem. Ein Problem sind zum Beispiel Umgebungsarbeiten usw. Wir können Schlussabnahmen eines Bauprojektes erst dann machen, wenn sämtliche für den Bau verlangten Vorgaben erfüllt sind. Das heisst z. B. auch, dass Leute bereits eingezogen sind, obwohl die Umgebungsarbeiten noch gar nicht fertig waren und die Gesamtabnahme noch nicht erfolgen konnte, aber das Haus war bezugsbereit.

Franco Rossi: Die erwähnten, noch nicht fertigen Unterlagen - sind damit Unterlagen gemeint, die von extern kommen müssen oder intern erstellt werden müssen? **Stadtrat**

Alphons Kappeler: Das betrifft externe Unterlagen, z. B. von Umgebungsarbeiten, die noch nicht abgeschlossen sind usw.

Beschlüsse

Gegenantrag der RGPK:

Der Indikator 3.2 für die Leerstandsquote der Produktegruppe Finanzen wird auf 0,5 % festgesetzt:

einstimmige Zustimmung.

Gegenantrag der Sachkommission 2:

Der Indikator 2.1 der Produktegruppe Landschaft wird auf 90 % festgesetzt: Zustimmung mit 29 : 1.

Minderheitsantrag der Sachkommission 2:

In der Produktegruppe Raumplanung wird der Indikator 3.1 „Einhalten von Bearbeitungsfristen; Baukontrollen/Abnahmen“ auf 100 % festgesetzt: Ablehnung mit 21 : 8 Stimmen.

Gegenanträge der Sachkommission 3:

Der Ratspräsident erklärt, dass er alle Anträge zusammen zur Abstimmung bringen möchte. Das Plenum ist damit einverstanden.

- Beim Titel wird Produktegruppe Bildung anstelle Schule aufgeführt.
- Unter dem Produkt Kindergarten/Primarschule bei 1.3.1 ist die Zielsetzung höher als 95 %.
- Unter dem Produkt Sekundarschule bei 2.3.1 ist die Zielsetzung höher als 95 %.
- Beim Produkt Sonderschulung wird der Text unter 4.1.1 wie folgt geändert: Anteil Sonderschüler/innen integriert zu Sonderschüler/innen gesamt.
- Unter 4.2.1 im Text heisst es: Jährliche Überprüfung der bedarfsgerechten Platzierung.
- Beim Produkt Schulergänzendes Angebot werden bei den drei Indikatoren 5.1.2, 5.1.3 und 5.1.4 die Statistikzahlen wie folgt ergänzt:

5.1.5	Benutzte Plätze	<u>> 130</u>
5.1.6	Angemeldete Schüler/innen	<u>> 330</u>
5.1.7	Mahlzeitenbezüge	<u>> 13'100</u>

einstimmige Zustimmung.

Antrag des Stadtrates:

Die Ziele und Indikatoren 2010 werden für die in der Vorlage genannten Produktgruppen und gemäss Anhang zur Vorlage - mit Berücksichtigung der soeben gefällten Entscheide bezüglich die Produktgruppen Finanzen, Landschaft, Bildung - verabschiedet. Sie geben den Rahmen für die Globalbudgets 2010 vor: einstimmige Zustimmung.

5. Motion gemeinsames Liegenschaftenzentrum

Motion von Franco Rossi und zwei Mitunterzeichneten zur Führung eines gemeinsamen Liegenschaftenzentrums, Begründung

Franco Rossi und zwei Mitunterzeichnete haben am 4. Juni folgende Motion eingereicht:

Ausgangslage: Seit der Einführung eines Liegenschaftenzentrums der Stadt Adliswil verfügt die Stadt über eine professionelle Verwaltung der städtischen Liegenschaften. Inzwischen sind die Anlaufschwierigkeiten behoben, und man kann von einer gut geführten Abteilung sprechen. Die von der Schule mit einer eigenen Liegenschaftsverwaltung geführten Liegenschaften unterliegen einer besonderen Nutzungsart und Belegung. Die bautechnische Führung von schulischen Liegenschaften jedoch ist nicht Kernkompetenz einer normalen Schulpflege. Da heute eine funktionierende Liegenschaftsverwaltung der Stadt Adliswil besteht, ist eine Zusammenlegung äusserst sinnvoll.

Begründung: Die gleichzeitige Führung zweier identischer Verwaltungsbereiche im Bereich der Liegenschaftsverwaltung der Stadt und der Schule Adliswil ist nicht ökonomisch. Das nebeneinander Planen entspricht nicht dem Gebot des sorgsamsten Umgangs mit den finanziellen Mitteln. Es führte nur zu gegenseitigen Vorwürfen. Die beinahe gleichzeitig erschienenen Inserate der Stadt und der Schule zur Anstellung von dipl. Architekten weisen darauf hin, dass weiterhin gleichzeitig zwei getrennte und unabhängige Liegenschaftsverwaltungen geführt werden sollen.

Antrag: Der Stadtrat und die Schule werden verpflichtet, dem Gemeinderat einen Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, welcher den Zusammenschluss der zwei Liegenschaftsverwaltungen zu einer einzigen Abteilung bewirkt. Die Belange der beiden Exekutivbehörden Stadtrat und Schulpflege sind so zu regeln, dass die gegenseitigen Bedürfnisse einfließen können. U. a. ist dazu Artikel 59, Absatz 6 der Gemeindeordnung ersatzlos zu streichen. Aufgrund der damit verbundenen Synergien sind der Stadtrat und die Schule gebeten, die Motion mit hoher Priorität zu behandeln und die zulässigen Fristen nicht auszunutzen.

Franco Rossi, zur Begründung:

Warum diese Motion und warum gerade jetzt? Die Form der Motion wurde gewählt, weil sich gezeigt hat, dass alle vorangegangenen Bemühungen für eine schlankere Organisation im Sand verlaufen sind. Seitens der Schule und des Stadtrates wurde zwar auf den Versuch einer Zusammenarbeit hingewiesen. Was daraus wurde, zeigte sich in einem Inserat der Schule, mit dem schon wieder ein neuer diplomierter Architekt gesucht wird. Erkundigt man sich in der Liegenschaftsverwaltung der Stadt, wird mit Bedauern auf die faktische Einstellung der Zusammenarbeit seitens der Schule hingewiesen. Beide Exekutiven konnten oder wollten sich offensichtlich nicht dazu durchringen, eine wirklich nachhaltige Zusammenarbeit anzustreben. Am Donnerstag, 18. Juni 2009

schreibt Frau Rapold im Tages-Anzeiger, dass sie die Motion vehement bekämpfen wird. Eine Motion deren Ziel so formuliert ist, dass die Schule eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit entsprechendem Mitspracherecht im Bereich der Liegenschaftenverwaltung erhalten soll. Die Motionäre sind sich einig, dass durch diese Motion der fehlenden Motivation jetzt nachgeholfen werden muss. Wir erwarten, dass, wenn möglich in diesem oder spätestens im kommenden Jahr auf zwei nebeneinander geführte Liegenschaftenverwaltungen mit ähnlichen Aufgabenbereichen definitiv verzichtet wird. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass die Schule zur Zeit viele sogenannte Baustellen hat. Wir wissen auch, dass viele dieser Baustellen von der Schule selbst gesucht oder sogar injiziert wurden. Darum ist eine Argumentation mit der Behauptung, es ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für Entscheidungen, eine reine Schutzbehauptung.

Wir gehen von der aktuellen Ausgangslage aus, dass die Stadt Adliswil jetzt im Gegensatz zu den achtziger Jahren über einen durchaus gut funktionierenden Verwaltungsbetrieb im Bereich der Liegenschaften verfügt, der die Anliegen der Schule professionell aufnehmen kann. Ziel der Motion ist, dass die wirklich notwendigen und berechtigten Anliegen der Schule und der Stadt gegenseitig abgestimmt einfließen können. Deshalb bitten wir Sie um Überweisung dieser Motion, weil

- damit die Schule in ihrer Kernkompetenz, der Pädagogik nicht beeinträchtigt wird
- die Schule auf eine dieser unnötigen Baustellen mit Gewinn verzichten kann
- die Möglichkeit eines professionellen Zusammenarbeitens in Adliswil Ziel sein muss
- die unnötigen und unverständlichen Revierkämpfe der letzten zwei Jahre Ressourcen verschlingen, die anderweitig zum Nutzen des Steuerzahlers besser eingesetzt sind
- und letztendlich, weil dies alles mit Vernunft zu tun hat.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Das Thema Integration und Zusammenlegung Liegenschaften wird regelmässig zur Diskussion gestellt: 1974, 1976, 1980, 1984, 1991, 1997, 2004, ununterbrochen ab 2005 bis zur Volksabstimmung zur Gemeindeordnung am 17. Mai 2009 und neu mit den Motionen vom Juni 2009. Alle Vorstösse hatten gemeinsam, dass sie keine konkreten Verbesserungen und Optimierungen aufzeigten. Immer wurde allgemein mit besserer Koordination und Information argumentiert, ohne auf gravierende Mängel hinweisen zu können. Es wird von Synergien geredet, ohne auch nur annähernd konkrete Zahlen oder Vorteile aufzeigen zu können. Wo punktuell Optimierungspotenzial auf der Ebene Verwaltung aufgezeigt wurde, konnte dieses jeweils rasch mit entsprechenden Massnahmen realisiert werden. So wurde letztes Jahr ein Zusammenarbeitsvertrag über die Liegenschaften-Abteilungen unterzeichnet. Stellenprozente konnten eingespart werden – die am Roundtable eingegebenen Einsparungen wurden lückenlos realisiert.

Bei den vorliegenden Motionen handelt es sich einmal mehr um ein politisches Machtspiel ohne fundierte Beweise, dass sich etwas verbessern würde. Das neunte Mal beschäftigen wir uns nun mit dieser Frage, müssen Zeit und Energie und vermutlich auch wieder Finanzen einsetzen, und auch dieses Mal wird die Schule an ihrer Meinung festhalten – sie will die ihr verbliebene Eigenständigkeit behalten. Die Schule empfiehlt Ihnen, diese Motionen nicht zu überweisen.

Clemens Ruckstuhl: Die vorliegende Motion ist zwar von der Ausgangslage her frisch begründet, beinhaltet aber keine wirklich neuen Erkenntnisse. In der Motion wird gefordert, dass das nebeneinander Planen nicht dem Gebot des sorgsamem Umgangs mit den finanziellen Mitteln entspricht, und dass dies nur zu gegenseitigen Vorwürfen führt. Diese Begründung ist wirklich erstaunlich. Den Motionären ist ja bekannt, dass zwischen den Liegenschaftsabteilungen der Stadt und der Schule ein Zusammenarbeitsvertrag besteht. Aber dieser Vertrag ist erst seit Ende Januar in Kraft, und die ersten Resultate - das hat mir Stadtrat Walter Müller heute Abend gerade noch bestätigt - sind positiv zu werten. Den Anliegen, die aus den Roundtable-Gesprächen entstanden, sollte man eine Chance geben. Den Motionären scheint nicht bekannt zu sein, dass es sich bei der Schule und der Stadtverwaltung um zwei verschiedene Organisationen handelt. Wenn man die zwei Liegenschaftsverwaltungen zusammenlegen würde, hätte dies weitgehende Konsequenzen bezüglich Kompetenzen und Verantwortung, und hier ist ein grosses Problem versteckt. Sicher besteht in der seit Januar geregelten Zusammenarbeit noch Optimierungspotential, aber man kann doch nicht ein Projekt, das noch so jung ist, bereits schon wieder auflösen. Auf alle Fälle würde die von den Motionären geforderte Zusammenlegung bei den beiden Abteilungen kurzfristig sicher keine Beruhigung bringen, denn erfahrungsgemäss binden Reorganisationen zuerst massiv Kräfte. Mir kommt es vor, als ob in einer Baustelle eine neue Baustelle aufgebaut würde, und das ist nichts Gescheites. Der ganze Prozess, der für eine solche Reorganisation eingeleitet werden müsste, würde heute, wo viele wichtige Projekte anstehen, ganz sicher nicht hilfreich sein. Aufgrund der erst seit kurzem festgelegten Zusammenarbeit der beiden Liegenschaftsabteilungen ist es unklug, diese Motion zu überweisen. Ich bitte Sie, dies zu bedenken und die Motion nicht zu überweisen.

Roger Neukom: Eine Motion ist ein klarer Auftrag. Vorschläge von der Schulpräsidentin einholen, ist der falsche Ansatz. Wir von der Legislative erwarten klare Vorschläge von der Exekutive, deshalb ist es eine Motion, und sie ist begründet. Ich bin erstaunt, von Clemens Ruckstuhl zu hören, dass der Zusammenarbeitsvertrag seit Januar greift, vor allem wenn man im Zwischenbericht per 30.4., den wir heute im Mäppchen erhalten haben, sieht, dass bei den Liegenschaften im Zusammenhang mit Effizienz und Leistungssteigerung mit der Begründung einer Verzögerung bezüglich Liegenschafts-pool von einem Minus von Fr. 50'000.-- die Rede ist. Wir wissen, dass es diese Zusammenarbeit noch nicht lange gibt, aber man spürt auch, dass grundsätzlich nichts geht, obwohl ein Pool da ist. Ich habe an der letzten Ratssitzung schon erklärt, dass ich nicht den Eindruck habe, dass am gleichen Strick gezogen wird, und deshalb liegt nun diese Motion vor.

Beschluss

Die Motion von Franco Rossi und zwei Mitunterzeichneten zur Führung eines gemeinsamen Liegenschaftszentrums wird an den Stadtrat und die Schule zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Zustimmung mit 17 : 9 Stimmen.

6. Motion Integration der Schule in den Stadtrat

Motion von Renato Günthardt und zwei Mitunterzeichneten zur Integration der Schule in den Stadtrat, Begründung

Renato Günthardt und zwei Mitunterzeichnete haben am 4. Juni folgende Motion eingereicht:

Ausgangslage

Anlässlich der Teilrevision der Gemeindeordnung in den Jahren 2008/2009 wurde intensiv über die Integration der Schule in den Stadtrat diskutiert. Auf den Einbezug dieses Anliegens in die Revisionsvorlage wurde dann aber aufgrund des Widerstands der schulpflege und einzelnen politischen Parteien verzichtet. In der Zwischenzeit haben immer mehr zürcherische Gemeinden die Schule in die Gemeindeverwaltungen integriert und sind den Weg zur Einheitsgemeinde gegangen. Aus diesem Grund soll nun auch in Adliswil frühzeitig der Weg in Richtung Integration der Schule in den Stadtrat angestrebt werden, so dass auf den Beginn der Amtsperiode 2014 – 2018 die Einheitsgemeinde auch bei uns verwirklicht werden kann.

Begründung

Die Motionäre schlagen vor, dass künftig ein Mitglied des Stadtrates einem Ressort Bildung vorsteht und dabei das Präsidium der Schulpflege inne hat. Gleichzeitig soll die Schulverwaltung in die Gesamtverwaltung integriert werden. Eine solche Organisation entspricht sowohl auf Behörden- wie Sekretariatssebene der Lösung, welche sich für andere Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen bewährt haben. Das Ziel der Integration des Schulpräsidiums in den Stadtrat und der Schulverwaltung in die Stadtverwaltung soll die Stellung der Schule insgesamt stärken. Es sind immer mehr behördenübergreifende Aufgaben zu lösen und durch eine solche Neuorganisation könnte man zudem Synergien in der Verwaltung schaffen. In der Folge könnte sich die Schule dann wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Durch die Integration der Schule in den Stadtrat könnte man ausserdem das Verständnis für die Anliegen der Schule stärken. Eine Trennung von Schule und Stadt ist heute kaum mehr möglich. Da die Bildung im Finanzhaushalt der Stadt Adliswil eines der grössten Budgets zu verwalten hat, ist es zwingend notwendig, dass die Schulfinanzen optimal und abgestimmt in die gesamtstädtische Finanzplanung einfließen.

Antrag

Der Stadtrat und die Schule werden verpflichtet, dem Gemeinderat einen Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, welcher die Schaffung eines Ressorts Bildung in der Gesamtverwaltung umfasst und das Schulpräsidium in den Stadtrat integriert. Die Zahl der Mitglieder des Stadtrates soll sich durch die Integration der Schule aber nicht erhöhen und bei 7 Mitgliedern belassen werden. Die/der zuständige Stadtrat/in übernimmt als Delegation des Stadtrats das Präsidium der Schulpflege. Gleichzeitig wird die Schulverwaltung in das neue Ressort Bildung integriert und damit Bestand-

teil der Stadtverwaltung. Die Änderung der Gemeindeordnung soll auf Beginn der Legislatur 2014 - 2018 wirksam werden.

Renato Günthardt, zur Begründung:

Schon seit längerem wird über die Integration des Schulpräsidiums in den Stadtrat diskutiert. Heute ist es an der Zeit, notwendige Schritte einzuleiten. Aus diesem Grund entschieden sich die Fraktionen von SVP, FDP/EVP und Freie Wähler, diese Motion einzureichen. Die Motion ist so formuliert, dass die Änderung der Gemeindeordnung, falls sie von Ihnen und vom Volk angenommen wird, auf Beginn der Amtsperiode 2014 in Kraft treten soll. Es bliebe somit für den Stadtrat wie auch die Schulpflege nach Annahme der Änderung genügend Zeit, um die Details der neuen Organisationsform bis zum Beginn der Amtsperiode 2014 zu regeln.

Begründung

Es gibt immer mehr Gemeinden, die ihre Schule in die Gemeindeverwaltung integriert haben und den Weg zur Einheitsgemeinde gegangen sind. Die Integration des Schulpräsidiums in den Stadtrat und der Schulverwaltung in die Stadtverwaltung stärkt die Stellung der Schule insgesamt und bietet zum frühest möglichen Zeitpunkt eine gegenseitige Einbettung der Vorhaben in gemeinsam vertretene Zielsetzungen. Ein wichtiger Punkt wäre, dass sich das Schulpräsidium mit Stimmrecht an der Stadtratssitzung für die Schulanliegen einsetzen könnte. Für den Schritt spricht auch, dass immer mehr Behörden übergreifende Aufgaben zu lösen sind. Man könnte durch eine solche Neuorganisation Synergien in den verschiedensten Bereichen, sei es in Verwaltung oder Behörden, schaffen. In der Folge könnte sich die Schule dann wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, denn die Schulpflege selber bleibt ja als Behörde mit selbständiger Verwaltungsbefugnis analog der Sozialkommission bestehen. Die Integration der Schule in den Stadtrat führt automatisch zu einem gegenseitigen besseren Verständnis.

Unser Vorschlag sieht vor, dass das zuständige Stadtratsmitglied des Ressorts Bildung das Schulpräsidium inne hat und die Zahl der Mitglieder des Stadtrates bei sieben belassen wird. Diese Lösung kennen unter anderen auch die Städte Dietikon und Wädenswil. Die Aussage der Schulpräsidentin im Tages-Anzeiger, die Motionen seien Zwängerei und Machtgehebe, weisen die Motionäre mit Nachdruck zurück. Der Gemeinderat ist als Legislative in jedem Fall berechtigt, Anliegen per Motionen einzubringen. Wenn die Schulpräsidentin anderer Meinung ist, akzeptieren wir das. Nicht akzeptieren kann man aber über die Zeitung transportierte Vorwürfe wie Machtgehebe usw., denn das ist schlechter Stil. Wir können den Widerstand der Schulpflege aber auch sachlich nicht nachvollziehen. Wenn man sich umsieht, dann haben schon viele Gemeinden im Bezirk Horgen und auch im Kanton Zürich die Einheitsgemeinde ohne Probleme installiert. In Dietikon stimmte das Parlament sogar einstimmig der Integration des Schulpräsidiums in den Stadtrat zu. In Uster kam im Gemeindeparlament die Motion für diesen Schritt vom SP-Kantonalparteipräsidenten. Das zeigt, dass dieses Anliegen über alle Parteigrenzen hinweg befürwortet wird. Ich habe im Vorfeld verschiedenste Erfahrungsberichte zur Bildung der Einheitsgemeinde gelesen. Sämtliche

Befürchtungen unserer Schulpräsidentin sind dort nicht eingetreten. Im Gegenteil, die effiziente Arbeitsweise und die Stärkung der Schule wurden praktisch durchwegs gelobt, sei es von Seiten der Schulpflegen oder der Exekutiven der politischen Gemeinden. Wenn wir jetzt hier in Adliswil noch hören müssen, dass die Schule eine Baustelle sei und man erst einmal etwas Ruhe hineinbringen müsse, dann ist das schon bemerkenswert. Unbestritten, die Schule musste und muss viele vorgeschriebene Projekte des Volksschulgesetzes umsetzen. Die Schnelligkeit und der Reformeifer unserer Schulpflege sind aber auffallend. Adliswil muss immer alles zuerst vollziehen und vorantreiben. Da wundert es einem nicht, dass viele Baustellen, auch selbstverschuldete, vorhanden sind. Das Volksschulgesetz gilt aber nicht nur für Adliswil, sondern für den ganzen Kanton, und trotzdem konnten andere Gemeinden wie z. B. Oberrieden, Richterswil, Thalwil und Rüslikon die Einheitsgemeinde zur Zufriedenheit aller verwirklichen. Uns liegt daran, den Adliswiler Schülerinnen und Schülern eine gute Bildung zu ermöglichen. Deshalb soll Ruhe einkehren, indem das Schulpräsidium in den Stadtrat eingebunden wird und die Schulpflege sich auf das Wesentliche, nämlich auf den Bildungsauftrag, konzentrieren kann. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung der Motion.

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Stadtrat hat bei den Abstimmungsvorlagen zum 17. Mai 2009 und im Vorfeld dazu klar dargelegt, warum die Integration der Schule in den Stadtrat kein Thema war. Ich nehme heute dazu materiell nicht Stellung, möchte Ihnen aber sagen, dass Sie ein weiteres herausforderndes Projekt anvisieren, denn es käme zu Projekten dazu, die auch nicht einfach sind. Wir sind jetzt daran, das umzusetzen, was das Volk am 17. Mai beschlossen hat, nämlich die Ressorts von neun auf sieben zu reduzieren und die Verwaltung zu reorganisieren. Und Sie wollen jetzt gleichzeitig noch die herausfordernde Reorganisation mit der Integration der Schule initiieren. Der Stadtrat ist bereit, die Motion zu prüfen. Wir wären aber froh, wir müssten dies nicht in den nächsten zwölf Monaten machen - es soll ja erst ab 2014 wirksam werden -, sondern die Motion würde im 2010 oder 2011 nochmals traktandiert werden. In diesem Sinne empfiehlt Ihnen der Stadtrat, die Motion nicht zu überweisen.

Farid Zeroual:

Die Motion wurde nur gerade 14 Tage nach Annahme der neuen Gemeindeordnung eingereicht - dieses Timing erstaunt mich. Die Motionäre weisen darauf hin, dass die Integration der Schule anlässlich der Teilrevision der Gemeindeordnung intensiv diskutiert wurde. Im Motionstext wird folgendes erklärt: „Auf Einbezug des Anliegens in die Revisionsvorlage (der Gemeindeordnung) wurde aufgrund des Widerstands der Schulpflege und einzelner Parteien verzichtet“. Auf der Suche nach diesbezüglich früheren Diskussionen habe ich eine ähnlich lautende Motion aus dem Jahr 2004 gefunden. Die vorliegende Motion wurde in sehr ähnlicher Form bereits im Juli 2004 von Harald Huber, FDP, damals noch Gemeinderat und Armin Steinmann, SVP, eingereicht. Sie fand offensichtlich seinerzeit wenig Gehör und hat deshalb keinen Eingang in die Teilrevision

der Gemeindeordnung gefunden. Im Weiteren ist auch die Stellungnahme der FDP-/EVP-Fraktion vom 30.11.2007 zum "Vorschlag des Stadtrates zur Vernehmlassung der Gemeindeordnung" ein interessantes Dokument. Auf die Frage 2: Was halten Sie von der vorgeschlagenen Beibehaltung der Stellung des Schulpräsidiums (Titel 4.2)? hat die FDP-EVP-Fraktion wie folgt geantwortet: „Wir können die Überlegungen des Stadtrates bezüglich der Stellung des Schulpräsidiums nachvollziehen, auch wenn in dieser Angelegenheit die Parteien-Fraktionsmitglieder gespalten sind.“ Demnach ist die Integration nicht am Widerstand einer Partei und des Schulpräsidiums, sondern - anders als es die Motionäre erklären - an diversen Faktoren gescheitert. Dies lässt den Schluss zu, dass das Thema Integration der Schule in den Stadtrat ein kontroverses Thema ist und somit die Qualität zum Adliswiler Polit-Evergreen hat. Die Motionäre weisen auch darauf hin, dass mehrere Zürcher Gemeinden die Integration der Schule bereits vollzogen haben, Renato Günthardt hat hier recht. Es ist aber nicht erwähnt, dass die Integration z. B. in Horgen nicht der Fall ist, und in Wädenswil sind die Primar- und Sekundarschule sogar getrennt. Es gibt also viele Möglichkeiten und damit drängt sich die Frage auf, warum es diese Vielfalt der Lösungen gibt? Die angeführten Argumente

- Stellung der Schule im Stadtrat stärken
- Behörden übergreifende Aufgaben lösen
- Synergien in der Verwaltung schaffen
- Verständnis für die Anliegen der Schule im Stadtrat stärken
- Schulfinanzen optimal und abgestimmt auf die gesamtstädtische Finanzplanung einfließen lassen

sind für mich nicht nachvollziehbar, denn ich gehe davon aus, dass die Schule bereits heute eine starke Stellung und Verständnis für Anliegen im Stadtrat hat. Immerhin gibt es einen Delegierten des Stadtrates in der Schulpflege, und das Schulpräsidium ist beim Budget auch im Stadtrat vertreten. Behörden übergreifende Aufgaben und Synergien werden sicher heute schon gemeinschaftlich gelöst. Wie erwähnt, ist die Schule mit Abstand der grösste Posten im Gemeindehaushalt. Dies ist nicht nur in Adliswil so, sondern in allen kleinen und mittleren Gemeinden. Die Bildung ist das am stärksten regulierte Ressort; die Vorgaben des Kantons und der Bildungsdirektion beeinflussen den grössten Teil der Ausgaben der Schule. Ein Beispiel: In der Rechnung 2008 der Schule beträgt der Nettoaufwand der Schule 28,1 Mio. Franken. Davon gehen

- 1,7 Mio. Franken an Kindergarten und Sprachheilkindergarten,
- 7,5 Mio. Franken an Primarschule und Handarbeit,
- 5,2 Mio. Franken an Oberstufe und Haushalt,
- 1,1 Mio. Franken an Material,

insgesamt also 15,5 Mio. Franken, die im Wesentlichen abhängig sind von der Anzahl Schülerinnen und Schüler und dem vom Kanton vorgegebenen Lehrplan. Die Posten, die vom Kanton nicht vorgegeben sind, lauten:

- 1,6 Mio. Franken für die Musikschule, wobei diesen ein hohen Deckungsbeitrag hat, weil auch Erwachsene die Musikschule besuchen,
- 5,9 Mio. Franken für die Liegenschaften.

Zusammen mit den 15,5 Mio. Franken ergibt dies 23 Mio. Franken, die indirekt von der Schülerzahl abhängig sind. Demnach sind über 80 % der Schulausgaben grossmehrheitlich durch die Anzahl Schülerinnen und Schüler und kantonale Vorgaben wie Klassengrössen etc. vorgegeben. Weitere grosse Positionen sind die Aufwendungen für Integration und Fremdsprachen, rund 5 Mio. Franken, welche im Wesentlichen durch die Bevölkerungsstruktur beeinflusst werden. Die Begründung der Motionäre lässt offen, in welchen Bereichen die Synergien vermutet werden. Ohne eine spezifische Aussage und Begründung sollte die Schule und der Stadtrat nicht verpflichtet werden, dem Gemeinderat einen Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen. Wie auch bei der Motion zur Zusammenlegung der Liegenschaften kann hier gesagt werden, dass die vermuteten und unspezifisch in Aussicht gestellten Synergien in schlechtem Verhältnis zu den zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung stehen. Die Stadt Adliswil hat mit der Umsetzung der neuen Gemeindeordnung, der Reduktion des Stadtrates und der Neuordnung der Ressorts der Stadtverwaltung einen beachtlichen Wandel zu meistern. Lassen wir dem Stadtrat Zeit, seine Arbeit zu tun, und lassen wir uns danach die Ergebnisse betrachten und würdigen, und weisen wir diese Motion zurück.

Carmen Marty Fässler:

Für uns als SP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass es in Adliswil weiterhin eine gute Schule gibt. Deshalb muss das Schulpräsidium einen hohen Stellenwert beibehalten, und die Arbeit muss professionell erfolgen können. Genauso ist es auch bei der Schulpflege und den Schulleitungen, diese müssen die Kompetenzen behalten können. Die Integration der Schule in den Stadtrat muss man sicher einmal prüfen, aber wie bereits erwähnt, ist der jetzige Zeitpunkt nicht geeignet. Es wäre für den Stadtrat sehr, sehr anstrengend, schon wieder eine Reorganisation anzupacken. Deshalb bitten wir Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Renato Günthardt:

Zum Votum von Farid Zeroual ist zu sagen, dass die letzte Motion zur Integration des Schulpräsidiums in den Stadtrat, die damals von Harald Huber (FDP) und Armin Steinmann (SVP) eingereicht wurde, nur sehr knapp scheiterte. Anlässlich der Beratung der neuen Gemeindeordnung, die wir vor kurzem hier im Gemeinderat vornahmen, erachteten wir einen Gegenantrag auf Schulintegration als nicht sinnvoll, weil damit das zentrale Anliegen der Reduktion des Stadtrates möglicherweise nicht auf das Jahr 2010 hätte in Kraft treten können. Ausserdem standen einige Ratsmitglieder einer Einführung der Integration des Schulpräsidiums in den Stadtrat auf das Jahr 2010 skeptisch gegenüber. Die jetzige Vorlage zielt aber auf das Jahr 2014 und kann damit auch gut vorbereitet werden. Zu Wädenswil ist zu sagen, dass die Primarschulpflege sehr wohl integriert wurde, nicht aber die Oberstufenschulgemeinde. Dies ist aber auch klar, denn die Oberstufe ist eine Kreisschulpflege, wo auch die Berggemeinden dabei sind, was zum Beispiel bei der Wahl des Präsidiums Probleme bereiten könnte, wenn die Schule integriert wäre, denn das Schulpräsidium könnte dann nicht aus einer der Kreisgemeinden kommen. Liest man die Erfahrungsberichte von Einheitsgemeinden, stellt man fest, dass

tatsächlich Synergien genutzt werden konnten. Wenn es so viele negative Punkte gäbe, wie die Schulpräsidentin sagt, gäbe es nicht so viele Gemeinden, die die Zusammenlegung vollzogen hätten.

Peter Werder:

Ich möchte präzisieren, was Farid Zeroual aus unserer Vernehmlassungsantwort vom Dezember 2007 zitiert hat. Der Zeitpunkt der Schulintegration - gekoppelt mit der Verkleinerung des Stadtrates - war Diskussionspunkt und nicht das Anliegen grundsätzlich. In unserer Vernehmlassungsantwort haben wir auch vorgeschlagen, eine Eventualabstimmung durchzuführen, das heisst zu fragen: Wenn Sie für eine Verkleinerung des Stadtrates sind, sind Sie auch dafür, dass das Schulpräsidium in den Stadtrat integriert wird. Diese Eventualabstimmung war aber aus Zeitgründen nicht möglich, man hätte zwei komplette Versionen der Gemeindeordnung zur Genehmigung einreichen müssen, und dafür reichte die Zeit nicht mehr.

Ja, die kantonalen Vorgaben, die 80 % der Schulausgaben steuern, ermöglichen keinen grossen Spielraum. Aber wie wir schon oft festgestellt haben, geht es auch um - wir nennen es manchmal „den voraus eilenden Gehorsam“, d. h. zu schauen, was passieren würde, wenn man etwas nicht macht. Da haben wir durchaus eine gewisse Flexibilität.

Roger Neukom:

Wenn man die Motion im Kontext mit der Volksabstimmung vom 17. Mai sieht, dann kommt sie tatsächlich „Schlag auf Schlag“. Aber man hat ja viereinhalb Jahre Zeit, und deshalb sehe ich kein Problem. Wieso soll man etwas aufschieben, von dem man weiss, dass man es in nächster Zeit umsetzen will.

Zu den zu erwartenden Schwierigkeiten ist zu sagen, dass ich diese als Herausforderung und Chance sehe, und das ist das Problem, wenn man immer nur die Schwierigkeiten sieht. Wenn die Motion überwiesen wird, hat der Stadtrat ein Jahr lang Zeit zu antworten. Und wenn er nach neuen Monaten mit dem Gesuch einer Fristerstreckung kommt, werden die Motionäre bestimmt darauf eingehen.

Beschluss

Die Motion von Renato Günthardt und zwei Mitunterzeichneten zur Integration der Schule in den Stadtrat wird an den Stadtrat und die Schule zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Zustimmung mit 19 : 9 Stimmen.

11. Interpellation Budget 2009

Interpellation von Kurt Frei betr. Budget 2009, Beantwortung

Kurt Frei, zur Beantwortung:

In seiner Antwort auf die Motion „Einsparungen 2009 vom 5. März 2008“ hat der Stadtrat folgendes geschrieben: „Der Stadtrat hat dem Gemeinderat zu bedenken gegeben (an der Gemeinderatssitzung vom 5. März 2009), dass in den letzten Jahren bereits wesentliche Sparmassnahmen erfolgt sind, u. a. auch im Bereich der Löhne, und dadurch hat das Personal schon einiges beigetragen.“

Wenn das die aufrichtige Meinung des Stadtrates ist, stellt sich die Frage, warum er sich jetzt nicht für eine finanzielle Verbesserung des Personals einsetzt, nachdem das Personal über Jahre in materieller Entschädigung vernachlässigt worden ist. Der Stadtrat als Exekutivorgan nimmt im Namen der Einwohnerschaft die Aufgabe als Arbeitgeber wahr und hat die Pflicht, dass die Gemeinde qualitativ gut verwaltet wird. Dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn angemessene Saläre entrichtet werden. Nur dann kann die notwendige personelle Fachqualität erreicht werden. Dies ist in Adliswil nicht der Fall. Die Auswirkungen zeigen sich in der Praxis deutlich: Es hat Abgänge von leitenden Angestellten gegeben, und insbesondere die Steuerabteilung erfährt eine andauernde Personalfluktuaton. In seiner Antwort auf die Frage 6 schreibt der Stadtrat unter anderem folgendes: „Im Uebrigen nimmt der Stadtrat seine Aufgaben und Kompetenzen im Rahmen seiner gesetzlichen Vorgaben wahr.“ Genau dies stimmt in der Frage der Lohnentwicklung des Personals nicht. Führungsstark ist der Stadtrat nur dann, wenn er seine Kompetenz mit selber getroffenen und selber zu verantworteten Entscheidungen wahrnimmt und nicht so, wie im vorliegenden Fall, die Entscheidung anderen überlässt. Das Gehaltssystem der Stadt Adliswil enthält unter dem Titel 5 Abs. 5 folgende Bestimmung: Der Stadtrat legt die Veränderung der Gesamtlohnsumme im November/Dezember für das Folgejahr in alleiniger Kompetenz fest.

Aufgrund der Antworten auf meine Fragen lässt sich folgendes Szenario ableiten: Bedauerlicherweise hat der Stadtrat sich selber als nicht befähigt eingeschätzt, die Entscheidung über die Lohnentwicklung des Personals in eigener Regie zu treffen. Er ruft mit seiner „Umfrage“ nach Hilfe und Unterstützung. Jeder Stadtrat nimmt an den Sitzungen von seiner Fraktion teil, somit haben die Stadträte von den Mehrheitsfraktionen FDP/EVP, SVP und FW genau gewusst, dass der Antrag im Parlament auf nur 2,6% gestellt und beschlossen wird. Trotzdem ist sich der Stadtrat nicht zu schade gewesen, dem Parlament vorzumachen, dass er 3,1% Erhöhung gewähren will, und dass das Personal nach einigen Jahren Entbehrung dies auch verdient. Als Folge vom dem durch die bürgerliche Mehrheit im Parlament getroffenen Entscheid hat dann der Stadtrat am 6. Januar, wohl verstanden, in alleiniger Kompetenz, wie das Gehaltssystem vorschreibt, eine mindere Lohnerhöhung von nur 2,6% beschlossen. Dies ist, entgegen der stadträtlichen Antwort, ein Gesinnungswandel, der seinesgleichen sucht. Eine solche Vostellung gehört meiner Meinung nach nicht in den Gemeinderat von Adliswil. Es bleibt nur zu hoffen, dass der Stadtrat seine Verantwortung gegenüber seinem Personal, und damit

auch gegenüber der Bevölkerung, anlässlich vom Budget 2010 in alleiniger und verantwortungsvoller Kompetenz wahrnehmen wird - es ist eine Exekutiv-Aufgabe.

Eine Tarifierhöhung für Mittagstisch und Horte können in der Budgetbehandlung mittels Erhöhung vom entsprechenden Budgetposten durch den Gemeinderat definitiv nicht erzwungen werden. Die Antwort der Schulpflege „Eine zwingende Vorgabe für die Höhe der Tarife ist der Budgetbeschluss nicht“ ist durch die rechtlichen Ausführungen in der Antwort zur ersten Frage mehr als ausreichend bewiesen worden. Zur Gestaltung der Tarife „ist ein ordentliches Verfahren durch das dafür zuständige Gemeindeorgan notwendig“. Im vorliegenden Fall ist dies eindeutig die Schulpflege. Somit hat sich die bürgerliche Grosskoalition gründlich geirrt. In der Zwischenzeit hat die Schulpflege nach sorgfältiger Durchführung einer Analyse und mit sozialem Gewissen neue Tarife festgelegt, die in diesem Sommer in Kraft treten werden. Persönlich finde ich das gut so, denn mein Vertrauen in die Schulpflege ist wesentlich grösser als das in den Gemeinderat.

Ich danke der Schulpflege und dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen und insbesondere für die Rechtsbelehrung des Gemeinderates.

Schluss der Sitzung: 21.55

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin